

# Der Steinmetz

## Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetze Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 6 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Verbandsstelle in Leipzig  
Zeiler Straße 30 IV, Volkshaus, Ausgang B oder C  
Fernruf 7503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreigezeigte Kleinzeile 4 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einwendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 8

Sonnabend, den 25. Februar 1922

26. Jahrgang

### Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperr-, Streik-, Zugung fernhalten“, in jedem Fall Erlaubigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

**Laufende Notizen unter: „Sperr-“, „Streik-“, „Zugung fernhalten“**, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperrung geschildert wird.

**Sperrt:**  
Betrieb Meiner in Augsburg-Pfersee. In Naumburg Platz Horn. Das Grabsteingeschäft von Franz Kolf in Paderborn. In Merseburg sämtliche Grabsteingeschäfte. In Bremen die Grabsteingeschäfte: Berger u. Traupe, S. Niesel, Kurt Winter, Ermehel, Eggert, Fr. Wachsmuth, Wehr u. Co.

**Streik:**  
In Mühlhausen Thür. (in sämtlichen Grabsteingeschäften sowie bei Höbel und Ortlepp in Gaherode). In Langensalza (Gebr. Nitsche). In Gommern bei der Firma C. Wehler u. Co. sind 50 Kollegen ausgeperrt, weil sie sich weigerten, den Bruch unentgeltlich von Schnee und Eis zu befreien.

**Zugung ist fernzuhalten:**  
Außer den genannten Orten unter Sperr- und Streik von München (allgemein), von Bennigsen a. Weifer. Von Krefeld.

**Groß-Thüringen.** (Werkstein-Grabmalbranche.) Der Vorsitzende des Landesverbandes 10 im Unternehmerverband teilt unterm 7. Februar mit, daß der Abschluß eines Bezirkstarifes für Thüringen einschließlich einiger Bezirke der Provinz Sachsen abgelehnt wird. Es soll aber von Arbeitgeberseite darauf hingewirkt werden, daß für kleinere Bezirke gemeinsame Tarife abgeschlossen werden. Die Gausleitung wird dahingehende Schritte unternehmen.

**Erlebte Bewegungen.**  
Weissen I. Die Stundenlöhne für Brecher, Spalter und Bohrkerer erhöhen sich vom 16. Februar auf 11.75 M. und vom 1. März auf 12.75 M., die Hilfsarbeiterlöhne sind 50 Pf. niedriger. — Die Affordrücke wurden ebenfalls dementsprechend erhöht.

Duisburg. Der Streik der Steinmetzen und Marmorarbeiter ist nach viertägiger Dauer erfolgreich beendet worden. Ab 11. Februar 1922 werden statt 15 M. 17 M. und 1 M. Befahrungszulage gewährt. Hilfsarbeiter erhalten 20 Prozent Feuerungszulage auf die letzte Vereinbarung.

Bremen. Vom 15. Februar erhalten die Sandsteinmetzen pro Stunde 19 M.  
Der Streik der Marmorarbeiter ist beendet, die Arbeitsaufnahme erfolgte am 21. Februar, über das Resultat in nächster Nummer.

Landestarif Sachsen. (Werkstein, Grabmal.) Vom 13. Februar wird ein Stundenlohn von 14.50 M. und eine Feuerungszulage von 1350 Prozent gezahlt. Vom 16. Februar an werden die Stundenlöhne um weitere 1.50 M. erhöht. Betragen dann 16 M. und 1500 Prozent auf den Affordrücken.

Sächsischer Landestarif. (Marmor.) Folgende Löhne wurden vom 1. Februar abgeschlossen: Gauer 14 M., Schleifer 13.85 M., Anfänger 1. Halbjahr 11 M., im 2. Halbjahr 12 M., Hilfsarbeiter über 20 Jahre 11 M., Arbeiterinnen 1. Halbjahr 8 M., nach einem halben Jahre 9 M. Für Gauer und Schleifer werden die Löhne vom 16. Februar um weitere 50 Pf. erhöht, die übrigen Löhne bleiben. Diese Sätze gelten bis 15. März 1922 und sind von da ab mit 14tägiger Frist kündbar.

Wernerer Schleifsteingebiet. Vom 17., 18. oder 20. Februar 1922, je nach Lohnzahlungsbeginn erhöhen sich die Stundenlöhne der Steinmetzen und Brecher um 1.90 M. Für die Hilfsarbeiter und die jugendlichen Steinmetze erhöhen sich die derzeitigen Löhne um 85 Prozent.

Münchberg. Die Stundenlöhne in der Denkmalbranche für Steinmetze und Steinbildhauer erfahren vom 13. Februar an eine Aufbesserung von 1.50 M. Vom 1. März um weitere 1.20 M.

Offen. Streik erledigt. Stundenlohn vom 1. bis 14. Februar 17.25 M., vom 15. Februar 18 M. pro Stunde.

### Haltet fest am Achtstundentag!

Von den versteckten und offenen Angriffen des Unternehmertums gegen eine der Haupterrungenschaften der Neuzeit, gegen den Achtstundentag, soll hier nicht die Rede sein. Den Unternehmern war — von wenigen einsichtsvollen Ausnahmen abgesehen — jede Verkürzung der Arbeitszeit seit jeher ein Greuel. Sie wußten ganz genau, daß sie mit jeder Viertelstunde Arbeitszeitverkürzung einen Teil ihres Ausbeutungsprivilegs aufgeben mußten, daß damit die Nachfrage nach der Ware Arbeitskraft steigen und damit der Lohn steigen würde. Deshalb ihre Abneigung gegen die Verkürzung der Arbeitszeit, denn ihnen war und ist oberstes Gesetz die Profitsteigerung.

Und nun haben wir den Achtstundentag, das, wofür wir seit Jahrzehnten an jedem ersten Maiestage mit voller Ueberzeugung demonstrierten und dabei weder Maßregelungen noch Aussperrungen scheuten und alle Opfer auf uns nahmen, um die große Idee des Achtstundentages so populär wie möglich zu machen. Nach jahrzehntelangen Kämpfen ist uns nun endlich der Achtstundentag als reife Frucht in den Schoß gefallen.

Wird das von allen Arbeitern gewürdigt? Haben sie die vielen und großen Vorteile des Achtstundentages für Körper und Geist begriffen? Nein, nicht alle, denn es muß ausgesprochen werden, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft für den Achtstundentag nur ein platonisches Interesse übrig hat und um der lieben Augen des Unternehmers willen, der natürlich aus selbstlichem Interesse derlei Verstöße gegen die Arbeitermoral von ganzem Herzen billigt, lieber als gern die Arbeitszeit über Gebühr ausdehnt. Doch doch neben der Gunst des Unternehmers auch noch der höhere Lohn als trügerische Fata Morgana, trügerisch deshalb, weil nach ehernen wirtschaftlichen Gesetzen bei verstärktem Arbeitsangebot Lohnsenkungen die spätere unausbleibliche Folge sind.

Das aber begreifen viele Arbeiter nicht. Sie leben dem Augenblick, sehen nur die derzeitige höhere Einnahme, die sie notably sehr gut gebrauchen können, und glauben richtig zu handeln, wenn sie die „Gunst“ des Augenblicks benutzen und ihr Einkommen vergrößern.

Wie steht es aber in Wirklichkeit? Zunächst ist jeder Verstoß des Arbeiters gegen den Achtstundentag ein unsolidarischer Akt denen gegenüber, die arbeitslos sind. Demen nimmt er mit jeder Ueberstunde ein Stück Brot weg. In volkswirtschaftlicher Hinsicht aber liegt es so, daß die Tatsache vorhandener Arbeitslosigkeit auf den bestehenden Lohn drückt und eine Gefahr für die bessere Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses darstellt. Täglich lehrt die Erfahrung, daß Lohnbewegungen nur dann gute Erfolge zeitigen, wenn eine stärkere Nachfrage nach Arbeitskräften, wenn kein Arbeitslosenheer vorhanden ist, das das Unternehmertum gegen die Arbeiterkraft als Gegenwärtigen ausspielen kann. Darin liegt ja eben der Vorteil der verkürzten Arbeitszeit für die Arbeiterschaft, daß sie die Arbeitslosigkeit verringert und dadurch den Arbeitern bei ihren Lohnbewegungen ein besseres wirtschaftliches Gewicht verleiht, Grundbesitzer sie ihre Forderungen besser durchdrücken können. Deshalb ja auch der seit Bestehen der Gewerkschaften vorhandene hartnäckige Widerstand des Unternehmertums gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit, wobei oft große und schwere Kämpfe die Folge waren, die es in zähem jahrzehntelangen Ringen mit sich brachten, daß die früher oft dreizehntägige tägliche Arbeitszeit trotz allen Sträubens der Unternehmer durch die segensreiche Wirksamkeit der Gewerkschaften nach und nach auf neun, ja zum Teil bereits auf acht Stunden herabgedrückt werden konnte. Mit dieser Herabdrückung der täglichen Arbeitszeit ging Hand in Hand die Steigerung der Löhne, was eine glänzende Bestätigung der alten volkswirtschaftlichen Formel ist, daß lange Arbeitszeit niedrigen Lohn, verkürzte Arbeitszeit höheren Lohn bedingt.

Jedem, der nachdenken gelernt hat, dürfte das einleuchten. Aber die verkürzte Arbeitszeit enthält auch außerdem noch so viele praktische und ideelle Werte, auf die es sich hinzuweisen lohnt und die jedem Arbeiter immer wieder ins Gedächtnis gerufen werden müssen. Bedeutet nicht jede halbe Stunde verkürzter Arbeitszeit für jeden Arbeiter eine halbe Stunde mehr, in der er sich loslöst von den Schläden der Alltagsarbeit und als freier Mensch fühlen kann? Bedeutet nicht jede halbe Stunde, die der Arbeiter täglich weniger in staub- und giftgeschwängerten Betrieben zubringt, verstärkten Gesundheitsschutz und damit verlängertes Leben? Das sollte sich jeder Proletarier ins Gedächtnis hämmern und einsehen lernen, daß der Achtstundentag ein hohes Gut darstellt, das zu wahren und hochzuhalten gebieterische Pflicht für jeden einzelnen ist.

Und noch ein anderes: Was ist denn der Fluch des Proletariats, der ihm von Kleinauf anhaftet und nur schwer von ihm genommen werden kann? Daß jeder Arbeiter von Kindesbeinen an dazu verdammt ist, in Wissen und Bildung als Mensch zweiter Klasse dazustehen, daß ihm nur ein ganz mangelhaftes Wissen, eine sehr lückenhafte Bildung in unseren „berühmten“ Volksschulen beigebracht wird. Daß es die Besitzenden sehr wohl verstanden, die Volksschule als eine Vorschule, als ein Instrument für künftige Ausbeutungsmöglichkeiten zu erachten und sie mit dem entsprechenden Geiste zu erfüllen. Daß dem Arbeiter sehr viel Demut und Bescheidenheit anergehen, daß er von der Vortrefflichkeit der „göttlichen Weltordnung“ überzeugt wurde, daß er sich duden lernte als gutwilliges und billiges Ausbeutungsobjekt — das war die Erziehungsarbeit der Volksschule! Nichts von wirklichem Wissen, nur ein norddürftiges Beherrschen der zum späteren Fortkommen benötigten Elementarkenntnisse, sonst aber geistige Dornen- und Zugschnit auf wirtschaftlichen Sklavensinn und politische Untertanentreue. Unter diesen Umständen sollte die durch die Verkürzung der Arbeitszeit gewonnene freie Zeit gewertet werden als ein gutes Instrument zur geistigen Fortentwicklung und jeder Arbeiter sollte seine freie Zeit nutzen gemäß dem alten Wort des alten Liebknecht: Wissen ist Macht! Bildung macht frei!

Jawohl, Bildung macht frei! Erkennen lernen in wahrhafter Weise, immerzu feilen am Ausbau des eigenen Wissens, sich das nach Feierabend zu erobern, was die „göttliche Weltordnung“ dem Proletarier in der Jugend versagt hat, dazu ist die durch verkürzte Arbeitszeit eroberte Freizeit der erlösende Hebel! Dies zu erreichen, war seit jeher einer der vornehmsten Zwecke der Gewerkschaften!

Mehr Zeit! Mehr freie Zeit dem Volke,  
Daß es sich unbehindert aus der trüben Wolke  
Unwürdiger Geistesniedrigkeit kann erheben  
Zu klarer Wissenschaft, zu reinem Leben!  
Deshalb mehr Zeit, mehr freie Zeit herbei!  
Mehr Wissen ist mehr Bildung! Bildung macht uns frei!

Das war unser Kampfziel seit Jahrzehnten, das war unsere Forderung seit 1. Mai 1890! Und heute, wo uns der Achtstundentag endlich nach schweren Mühen in den Schoß gefallen, heute gibt es Arbeiter, die die außerordentliche Wichtigkeit des Achtstundentages immer noch nicht begriffen haben, die ihn um trügerischer Augenblicksvorteile halber verraten! Merkt's euch: Der Achtstundentag bedeutet höheren Lohn, verlängertes Leben, gesteigerte Gesundheit, größere persönliche Freiheit und mehr Wissen und Bildung! Das alles aber ist nötig, eins wie das andere, um den Befreiungskampf des Proletariats mit Aussicht auf Erfolg führen und vollenden zu können! Das merkt euch Kollegen und handelt danach! Haltet fest am Achtstundentag!

### Lohnbewegungen, Feuerungs- zulagen, Tarif- und Schlichtungs- wesen in der Steinindustrie.

Die übrigen zwei Reichstarife außer dem Reichslohntarif für Granitschleifereien haben gewiß auch ihre Bedeutung, sie werden jedoch etwas anders bewertet von denen, die nach diesen Richtlinien beschäftigt und entlohnt werden. Das liegt an der Aufmachung dieser Vereinbarungen als Mantel- oder Rahmentarif. Die Entlohnung, Art und Höhe wird bezirksweise oder örtlich geregelt, wodurch erreicht werden kann, daß die Richtlinien des Rahmentarifs als das mindeste gelten. Damit soll jedoch keinesfalls behauptet werden, mit diesen Tarifen und ihrem Inhalt nun in allem einverstanden zu sein. Unsere Kollegen wissen, daß jede Vereinbarung im Arbeitsverhältnis zentral wie bezirklich, örtlich und betriebsweise ein Kompromiß darstellt, was in der deutschen Sprache heißt: „Ausgleich widerstreitender Interessen“. Damit ist die Unzufriedenheit, die bei einem Abschluß in beiden Lagern sich bemerkbar macht, durchaus erklärlich, denn im weiteren Kreise beider Vertragsschließenden werden sich immer Stimmen erheben, die sagen, daß ihre speziellen Interessen bei diesem Ausgleich nicht genügend beachtet wurden.

Zunächst der Reichsarbeitsvertrag für die Deutschen Pflasterstein- und Schotterwerke. Wir haben schon bei seinem ersten Abschluß im September 1919 an dieser Stelle zum Ausdruck gebracht, daß sein materieller Inhalt einen etwas frischeren und großzügigeren Zug aufweist, wie wir es sonst in der Natursteinindustrie zum großen Teil gewohnt sind. Unsern Kollegen aus dieser Branche ist nun genügend bekannt, wie während der Geltungsdauer von einzelnen Industriellen fortwährend versucht wurde, die alte muffige Stellungnahme, die einzelne Steinindustrielle gegen jeden Fortschritt auf dem Arbeitsvertragsgebiet stets an den Tag legten und die sie auch heute noch bejammern, wieder in den Vordergrund zu bringen. So ist z. B. im Reucher-Wurzen-Grimmaer Steinbruchgebiet — also vor den Toren Leipzigs — ein fortwährendes Ringen der Steinmetze zu konstatieren, um für diesen Bezirk zu einem ordnungsgemäßen Abschluß zu kommen, der vollinhaltlich den Richtlinien des Reichsarbeitsvertrages angepaßt ist. Die Behandlung dieser Angelegenheit ist ein Kapitel in der Tarifgeschichte ganz für sich, ja es kann sogar heute, wo bereits der zentrale Vertrag im Sommer 1921 erneut zum Abschluß kam, noch nicht als abgeschlossen gelten, weil immer und immer wieder die altäterliche und muffige Industriellenauffassung sich dazwischen drängt.

Im Schottertarif ist bei der Erneuerung im Juli 1921 die Rückwirkung dieser besondern Einstellung einzelner Industrieller gegen jeden Fortschritt im materiellen Arbeitsvertrag nicht ausgeblieben. Deshalb wurde die Regelung der Ferien und der Lohngarantie bei Affordarbeit durchaus unzulänglich. An beiden Fragen drohte die Erneuerung überhaupt zu scheitern. Ferien wollten die Unternehmer ganz bedeutend bessern, dafür aber als Gegenleistung eine Arbeitszeitänderung: im Sommer 9 und im Winter 7 Stunden, so daß im Durchschnitt 8 Stunden pro Tag im Jahre herauskommen. Unsere Stellung hierzu ist den Mitgliedern bekannt; wir meinen nicht die Stellung der Schriftleitung oder des Verbandsvorstandes, sondern wenn wir hier „unsere“ sagen, dann bezieht sich das auf die Gesamtheit der Verbandsmitglieder, wie der Arbeiterschaft überhaupt. Der Achtstundentag ist für die Arbeiterschaft zum Fundament ihrer Arbeitswilligkeit geworden, daran wird nicht gedeutet und ein Fundament mit Vergierungen ist unsinnig und überflüssig. Die Ablehnung war uns deshalb weit wichtiger als dafür das Entgegenkommen einiger Tage mehr Ferien im Jahre einzutauschen. In der Lohngarantie bei Affordarbeit verlangten wir die Unterlage des vollen tariflichen Stundenlohnes, die Unternehmer lehnten dies ab mit dem Hinweis, daß eine solche Erfüllung der Abschaffung der Affordarbeit gleichkomme. Alle gegenteilige Beweisführung und Aufrollung der Affordfrage konnte keine Aenderung bringen und so kam in letzter Stunde in der Lohngarantie ein Kompromiß zustande mit dem anscheinend nur in der Steinindustrie üblichen: Affordrichtlohn! Diese Einrichtung hatte sich nach den Befundungen bei den zentralen Verhandlungen in den Großbetrieben des Westens bewährt. Es liegt ihr folgender Begriff zugrunde:

Die Erhöhung der Stundenlöhne zeitigte für die Affordarbeiter in einzelnen Betrieben recht unangenehme Auseinandersetzungen, weil nach den Bestimmungen des alten Reichsarbeitsvertrages ein Affordarbeiter bei normaler und regelrechter Arbeitsleistung 30 Prozent über den Mindeststundenlohn verdienen sollte. Durch diese Bestimmung wurde die Erhöhung der Stundenlöhne von den Arbeitgeberseite möglichst zurückgehalten, in der Hauptsache, um die Niedriggrenze für die Affordpreise wenig zu ändern, wodurch auch die Zeitlohnarbeiter direkt mit ihrer Entlohnung zurückgehalten wurden. Ferner wurde durch die 30-Prozent-Bestimmung für den Afforddienst bei Steigerung des Stundenlohnes die Spannung zwischen dem Lohn der Zeitlohnarbeiter in solchen Betrieben und dem der Affordarbeiter immer größer. Ein Beispiel mag das erläutern: Bei einem Mindeststundenlohn von 3 M. sollte der Affordarbeiter mindestens 3.90 M. verdienen, bei 6 M. 7.80 M., bei 9 M. 11.70 M., bei 10 M. 13 M., bei 15 M. 19.50 M. Durch die Höher-schraubung der Stundenlöhne wurde das Verhältnis zwischen Zeitlohnarbeiter und Affordarbeiter immer krasser und zeitigte zwischen beiden nicht selten recht unangenehme Auseinandersetzungen. Aus diesem Grunde kam man zu dem Begriff: Affordrichtlohn. Darin liegt nun die Selbstverständlichkeit, daß der sogenannte Affordrichtlohn niedriger sein kann, nicht muß, wie der Normalstundenlohn für Zeitlohnarbeiter (§ 13 im Vertrag).

Idee! Ist diese Regelung keineswegs, die Höhe des Affordrichtlohnes richtet sich nach den bezirklichen oder örtlichen Lohnverhältnissen und kann deshalb zentral nicht einheitlich festgelegt werden. Geredet wurde schon darüber, jedoch festgelegt ist nichts. In Bezirken mit niedrigem Stundenlohn muß man einen Affordrichtlohn überhaupt ausschalten, wenn für die Affordarbeit der Ansporn des Mehrverdienens nicht fortfallen soll. Die ganze Angelegenheit hätte gewiß noch anderweitig eine Regelung finden können, indem für den 30-Prozent-Satz ein niedrigerer angenommen wäre. In der laufenden Tarifperiode wird festgelegt werden können, ob dieser Affordrichtlohn sich bewährt hat, wenn nicht, muß er bei der nächsten Erneuerung verschwinden.

Mit dem Reichsarbeitsvertrag der Pflasterstein- und Schotterwerke ist nun auch eine eigene Schlichtungsordnung für den Tarifbereich vereinbart worden, sie gilt als Bestandteil des Vertrages, gliedert sich in Bezirks- und Haupttarifstellen, Tarifämter und Haupttarifamt und hat im § 21 die Bestimmung, bevor das Schlichtungsverfahren nicht abgeschlossen ist, Kampfhandlungen von beiden Seiten zu unterbleiben. Diese ganz selbstverständliche Bestimmung in einem Schlichtungsverfahren wird vielerorts bekämpft. Wenn diese Auffassung im Verband Allgemeingut wird, dann allerdings hat ein geregelter Schlichtungsverfahrens keinen Wert, dann treiben wir nach Art von Huparenritten Tarif- und Lohnpolitik, wobei dann nur jene zu erträglichem Lohnverhältnissen kommen, die zufällig eine bessere Konjunktur in ihren Betrieben haben wie andere. Das geht natürlich im Gesamtinteresse aller Pflasterstein- und Schotterarbeiter nicht.

Weiteres dazu mag der Verbandstag zum Austrag bringen. Im übrigen ist es durchaus unrichtig, alle solche Einrichtungen wie diese neue berufliche Schlichtungsordnung, nur lediglich nach rein örtlichen, jeweils wechselnden Verhältnissen einzuschätzen und zu beurteilen; das trifft auch besonders auf die vorgezeichneten Fristen zu, die den einzelnen zuständigen Schlichtungsstellen zum Zusammentritt gestellt sind. Die Schlichtungsordnung trat am 26. 9. 1921 in Funktion und trotz der mangelhaften Erfahrung damit möchten einige Zahlstellen sie wieder wegsetzen. Der Apparat ist gewiß groß, er wird dem Verbande auch allerhand Kosten auferlegen; sollte jedoch die Erfahrung lehren, daß die Kosten mit den Taten nicht harmonisieren, dann ist es immer noch Zeit, eine Aenderung zu treffen. Denn die Schaffung der Schlichtungsordnung hat die Voraussetzung mit gehabt, den Kollegen zur Sicherstellung ihrer



Ergebnissebedingungen behilflich zu sein und bei sich ausstehenden Verhältnissen im Interessenstreit eine Art Ventil zu schaffen zum Ausgleich.

Der dritte Reichsarbeitsvertrag umfaßt die Werkzeugs-, Marmor- und Grabmalbranche, seine Bedeutung lag beim Inkrafttreten im Ferienparagrafen. Um hier alle kniffligen Wortlaubereien in der Auslegung zu umgehen, haben nachträglich vom Abschluß (Oktober 1920) noch Verhandlungen stattgefunden, nunmehr scheint die Ferienvergütung oder ihre Abgeltung sich immer besser einzubürgern. In einigen Orten mußten unsere Verbandsmitglieder ganz energig auftreten, um die Respektierung dieser Ferienbestimmung durchzusetzen. In Köln und andern Orten machten sich sogar Klagen vor dem Gewerbeamt mehr als einmal nötig, um die Anerkennung in der Abgeltung der Ferien zu erreichen. Damit wird deutlich bewiesen, daß die zentrale Vereinbarung immer nur auf dem Papier steht, wenn am Ort keine rührigen Kollegen dahinter stehen. — Auch der Werkzeug-Lieferungs-Paragrafen, sowie der Schleifmaterialien hat in einer ziemlich Anzahl von Arbeitsstätten mit alten, heute unüberstandenen Einrichtungen aufgeräumt. Die Richtlinien für die Entlohnung enthalten jedoch einige sich widersprechende Bestimmungen, die ausgemerzt werden müssen; so steht 5 und 7 in diesen Richtlinien sich direkt gegenüber. Das war jedenfalls nicht Absicht der Tarifkontrahenten, sondern entspringt der Absicht, beim Verhandeln alles recht eingehend festzulegen. Das Resultat ist dann gewöhnlich statt Klärung Hinderung und wer Erfahrung hat in richterlichen Entscheidungen aus dem Arbeits- und Tarifvertrag, weiß, daß nicht die Stimmung, nicht der Geist beim Verhandeln eines Vertrages unter Beweis steht, sondern der kahle Wortlaut. — Der § 9 dieses Reichsarbeitsvertrages ist noch nicht erfüllt, denn er sieht die Schaffung eines Tarifamtes für diesen Tarif vor; das es noch nicht damit geworden, ist nun allerdings kein Unglück. Besondere Streitigkeiten bis auf die Auslegung in der Ferienbestimmung sind nicht zu verzeichnen gewesen und zur Klärung sonstiger Differenzen aus diesem Vertrag gibt es noch andere Stellen. Ist die Schaffung eines Tarifamtes nicht durchaus notwendig, dann soll man die Organisationskörper auch nicht damit belasten. Wenn aus den Schlichtungsinstanzen des Schlichterates mehr Erfahrung vorliegt, läßt sich ohne Zweifel daraus was schaffen für alle Zweige der Steinindustrie. Ja wir halten eine solche Regelung durchaus für angebracht. Vielleicht wird hier die Verbands-Generalversammlung gewisse Richtlinien aufstellen.

An der Tarif- und Lohnpolitik im ganzen Verband ist gewiß manches auszuführen, aber eine Aussprache darüber eignet sich nicht an dieser Stelle, das muß Sache interner Besprechungen bleiben, wo die Erfahrungen viel besser ausgetauscht und Anregungen eingehender geprüft werden können. Die unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung, der Geldentwertung und die damit verbundene Preisbewegung in der Lebenshaltung erschweren ganz natürlich die vertragliche Regelung der Entlohnung auf längere Zeit und zeitigen auch ohne es verhindern zu können, Blüten, die uns oft keine Freude machen. Das darf bei allen Betrachtungen niemals übersehen werden.

### Die Arbeitslosenzählung im Januar.

Die Beteiligung an der Arbeitslosenzählung war erfreulicherweise etwas stärker als in den Vormonaten. Von 497 Zahlstellen beteiligten sich 323 an der Zählung, und 174 betrachteten es anscheinend als ihre Aufgabe, sich an der Zählung nicht zu beteiligen. Man kann daher wohl annehmen, daß diese Ortsverwaltungen die Arbeitslosigkeit noch nicht selbst befragt hat, sonst müßten sie das Verständnis für diese kleine Mühe aufbringen. Die Beteiligung war im:

1. Gau: 22 Zahlstellen mit 2068 Mitgliedern, davon 221 arbeitslos
2. " 36 " " 8487 " " 129 "
3. " 51 " " 4351 " " 301 "
4. " 27 " " 2237 " " 15 "
5. " 35 " " 2724 " " 3 "
6. " 33 " " 4790 " " 54 "
7. " 47 " " 4684 " " 29 "
8. " 47 " " 3633 " " 69 "
9. " 25 " " 2220 " " 40 "

Summe 323 Zahlstellen mit 35194 Mitgliedern, davon 861 arbeitslos

Das sind 2,45 vom Hundert. Prozentual war die Arbeitslosigkeit am größten in Württemberg mit 75 Prozent, Schopploch 70 Prozent, Löwenberg 60 Prozent, Sulzfeld 60 Prozent, Feldberg 55 Prozent, Geier 46 Prozent, Schweisweiler 45 Prozent, Plauen 40 Prozent, Mühlbach 40 Prozent, Gotha 27 Prozent, Eichenbühl 22 Prozent, Paimten 22 Prozent, Kassel 22 Prozent, Dresden-Pirna 17 Prozent, Berlin 15,5 Prozent, Cunewalde 11 Prozent, Gamburg 8 Prozent.

In den meisten Orten war die Arbeitslosigkeit nur eine vorübergehende Erscheinung, wegen Kälte und starkem Schneefall wurde in den Steinbrüchen die Arbeit eingestellt. In einzelnen Orten steht dagegen die Arbeitslosigkeit fast ständig, auf diesem Prozenzfuß. Vor allem in Berlin, Plauen, Schopploch, Sulzfeld und Cunewalde. Im Pirnaer Bezirk wurden nur die Steinbrecher und Hilfsarbeiter von der Arbeitslosigkeit betroffen, während die Steinmeißel in voller Beschäftigung stehen.

In 221 Orten waren Arbeitslose nicht vorhanden, in 26 Orten ein und in 20 Orten zwei Arbeitslose. Die Höchstzahl der Arbeitslosen hat der Pirnaer Bezirk mit 187, ihm folgt Berlin mit 136 und Alt-Warthau mit 57. Die Arbeitszeit war verkürzt in 25 Betrieben mit 160 Kollegen. Folgende Zahlstellen haben sich an der Zählung überhaupt noch nicht beteiligt; die mit einem \* versehenen in den letzten 3 Monaten nicht: 1. Gau: Waren. 2. Gau: Bautzen, Beuthen, Ebersbach, Grünberg, See, Wünschelburg.\*

- 3. Gau: Geising, Herrenheide, Hahrburg, Meißen II, Schmaltalben, Sebnitz, Wechselburg, Zöblitz, Neumarkt, Treuen.\*
- 4. Gau: Abersleben, Einbe, Hardegen, Hohenberg, Königs-Lutter, Minben, Paderborn, Unsen, Wolfshagen, Wrezen, Viefelfeld, Braunlage, Eiterhagen, Gommern, Osterwald, Reiffenhäuser.\*
- 5. Gau: Almbacherbach, Delftern, Hölzenhausen, Mülheim,

- Schadeb, Königshäide, Westhofen, Altdorf, Bergahn, Feh- rikenhausen, Köln, Ling, Roth, (Dillkreis), Balheim.\*
  - 6. Gau: Asbach, Dossenheim, Kaiserlautern, Maulbronn, Neustadt a. S., Seebach, Darmstadt, Rappeltrod, Lahr, Kammels- bach, Weiterdingen.\*
  - 7. Gau: Bobengrün, Dechantsee, Metten, Neubau, Köhrensach, Teufshuis, Schwarzenbach, Weipenstein.\*
  - 8. Gau: Amorbach, Faulbach, Gohmannsdorf, Heigenbrücken, Jphofen, Kirchheim, Lichtensfeld, Nordheim, Otting, Rauenberg, Unternesselbach, Waldüren, Weigenburg, Bamberg, Dietenhan, Gärndtschhausen, Fridenshausen, Rembach, Koburg, Nürnberg, Obereichenbach, Spechtbrunn, Treuchtlingen.\*
  - 9. Gau: Baumholder, Dietesheim, Eibengesh, Haffeld, Ritz, Gr.-Steinheim, Wöllershausen, Kreuznach, Obernheim.\*
- Nach Schluß der Zusammenstellung der diesmal bis zum 15. Februar ausgedehnt wurde, trafen noch 12 Zahlstellen ein, wo noch weitere 17 arbeitslose Mitglieder gemeldet werden.

## Internationales Steinarbeiter- sekretariat.

Bericht vom 4. Quartal 1921.

Schweden. Die Mitgliederzahl am 1. Dezember 1921 betrug 2819, davon waren 49 Prozent vollqualifizierte, 4 Prozent halbbildende und 30 Prozent beitragsfreie wegen Arbeitslosigkeit, 11 Prozent beitragsfrei wegen vorgeschrittenen Alter, 4 Prozent wegen Krankheit und 1 1/2 Prozent wegen Militärdienst.

Die bestehende Lage in den einzelnen Industrien ist folgende: In den Monumentssteinhauereien sind die Betriebe seit mehreren Monaten bedeutend eingeschränkt, meistens nur ein Drittel der normalen Betriebsweise, eine größere Besserung ist pro 1922 nicht zu erwarten.

In der Straßensteinindustrie war bisher der Betrieb wie im Vorjahre, doch sind größere Quantitäten Straßensteine exportiert worden als 1920. Einige Firmen haben ihre Lager, die sie während des Krieges anhäufen, ausverkauft. Auf Beginn 1922 hat der schwedische Staat für 1 Million Kronen Straßensteine bestellt. Die Aussichten pro 1922 richten sich nach den Wäluverhältnissen. Wenn bessere ökonomische Verhältnisse zwischen den europäischen Großmächten zustande kommen, dann hat diese Branche eine gute Zukunft. In allen Kriegsländern läßt sich heute ein großer Bedarf an Straßensteinen konstatieren, die Käufe werden nur noch durch die Wäluverhältnisse verhindert.

Die Kalksteinindustrie hatte keine so guten Monate hinter sich, jedoch richtet sich deren Zukunft ebenfalls nach den Regelungen der Wälu.

In der Großsteinindustrie waren die Arbeiter im letzten Jahre bereits beständig arbeitslos, vor dem zweiten Halbjahr 1922 ist auch keine Besserung zu erwarten.

Auch die Bausteinindustrie litt stark unter der Arbeitslosigkeit, die einheimische Produktion war diesmal größer als die Exportproduktion.

Für die Blocksteinindustrie war bisher der größte Export nach Deutschland und Oesterreich, das Kaufvermögen daselbst ist zurückgegangen und damit auch die Arbeitsgelegenheit in dieser Branche. Die Organisationsverhältnisse im ganzen lassen heute zu wünschen übrig.

Lohnreduktionen haben im zweiten Halbjahr 1921 schon eingeleitet, und kann heute für ein Drittel der in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter eine solche von 10—15 Prozent konstatiert werden. Selbst in der Straßensteinindustrie, wo doch noch ein Arbeitsvertrag zu Recht besteht, konnte eine Lohnreduktion nicht abgewehrt werden. Durch die mangelhaften wirtschaftlichen Verhältnisse war den Unternehmern in dieser Beziehung ein Erfolg sicher und müssen wir heute feststellen, daß die Steinindustrie die niedrigsten Löhne bei gelehrten Berufsarbeitern im Lande aufweist.

Zur Zeit befinden sich 24 Mitglieder im Streik, sollten die Arbeitsverträge auf den 1. April oder Mai gekündigt werden, was jedenfalls zutreffen wird, dann werden zirka 1500 Mann in Mitleidenschaft gezogen. Der äußerste Termin für Kündigung einzelner Verträge läuft am 1. Juli ab und ist möglich, daß die Unternehmer solange zuwarten, um dann eine Generalbewegung einzuleiten.

Belgien. Der Achtstundentag resp. 48-Stunden-Woche ist nun seit dem 1. Oktober 1921 gesetzlich für alle Betriebe in Kraft getreten, allerdings ist festzustellen, daß die Hälfte unserer Mitglieder seit Kriegsbeendigung überhaupt nicht über 8 Stunden per Tag arbeitete. Wir sind aber doch in Unterhandlung mit unsern Unternehmern, um eventuell nötige Ueberstundenzuschläge festzulegen. Die Parlamentswahlen im November ergaben 68 sozialistische Deputierte, 80 Katholische, 33 Liberale und 5 der Frontpartei. Die Mehrzahl der Provinzdeputierten sozialistischer Seite kommen aus den Steinbruchgebieten. Von unsern Kollegen sind ebenfalls gewählt: Hubin, Defaux, Schinler und Schevenels. Unser Kollege Deler wurde als Senator ernannt. Am 30. September zählten wir 541 Arbeitslose und 396 teilweise Arbeitslose. Die Krise besteht speziell in der Zementindustrie und für Sandsteinarbeiten. Im Granit und Porphyrt ist Vollbeschäftigung. In den ersten zwei Wochen des Jahres hat die Regierung an Arbeitslosenunterstützung die Summe von 1.200.000 Franc bezahlt. Wenn wir unsere Verbandsunterstützungen noch dazu rechnen, so kommen wir pro 1921 auf eine Summe von über 2 Millionen.

In der Provinz Liege, Brüche der Pflastersteine aus Sandstein der am 1. August erklärte Streik von 1100 Mann ist noch unerledigt. In Soignies sind seit 19. Juli ebenfalls noch 250 Mann im Streik. 200 Mann in Tournais befinden sich ebenfalls seit einem Monat im Streik auf Grund von 21 Maßregelungen.

In Brüssel waren die Marmorarbeiter seit 24. Oktober bis Ende November im Streik, die Tagelöhne wurden auf 29 Franc festgelegt, vor dem Krieg war 50 Centis Stundenlohn. Im allgemeinen ist in Belgien eine bedeutende Verbesserung der Lohnverhältnisse eingetreten, nicht nur in bezug auf Ausgleich mit der verkürzten Arbeitszeit, sondern auch der Teuerung entsprechend.

Frankreich. In Neumont bestehen bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse als in den übrigen Gebieten Frankreichs. Allerdings sind hier meistens belgische Kollegen beschäftigt und sind diese alle organisiert. Gearbeitet wird 8 Stunden und beträgt der Stundenlohn nach Abmachung 3,35 Franc. Allerdings suchen die Unternehmer ebenfalls Bohndrücker zu billigeren Löhnen anzuwerben, aber die Kollegen hier lassen niemand arbeiten, welcher sich nicht an die getroffenen Abmachungen hält.

Schweiz. Im 4. Quartal 1921 setzte eine so große Arbeitslosigkeit überall ein, wie solche seit Jahrzehnten nie beobachtet wurde. Mit Ausnahme zweier Orte, wo noch etwa 40 Prozent der Arbeiter beschäftigt waren, in allen übrigen Orten herrschte eine totale Arbeitslosigkeit. Diese Situation dürfte weit in den Sommer 1922 hineingehen, obgleich der Wohnungsmarkt wieder ein besserer geworden, ist Hauspekulation unrentabel, die Regierungen geben große Summen aus für Notstandsarbeiten und Elektrifikation der Bahnen.

Die Arbeitslosen erhalten vom Staat eine tägliche Unterstützung von 6—10 Franc, und zwar für die Dauer von 120 Tagen, nach welcher Frist ein gleicher Zeitraum wieder vorgezogen werden kann.

Diese wenig hoffnungsvolle Situation glaubten verschiedene Unternehmer auszunützen zur Durchführung von Verschlechterungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse. In der Sandstein- und Granitbranche, speziell in der französischen und italienischen Schweiz. Die Marmorarbeiter hatten im Landesvertrag vorgezogen, daß beim Steigen oder Fallen der Indexziffer ebenfalls der Lohn sich verändere. Nun konstatiert der Verband schweizerischer Konsumvereine ein Fallen der Index um 30 Prozent, unsere amtlichen Stellen bekunden ein Fallen von 12—15 Prozent. Auf Grund dieser Indexänderung wurde dann durch Schiedsgerichts- urteil für das Marmorgewerbe eine Lohnreduktion von 8—9 Prozent anerkannt und durchgeführt.

Durch die Abreise der ausländischen Mitglieder ist die Mitgliederzahl gesunken.

Victoria (Australien). Steinarbeiter sind 2000 organisiert. Die Löhne variieren von 20 bis 22 Schilling per Tag. Die Arbeitsräume und alle übrigen gesundheitlichen Bequemlichkeiten der Steinarbeiter sind nach einem speziellen Gesetz vorgezeichnet und bieten genügenden Schutz gegen Verursachungen. Der Maximalarbeitszeit ist 44 Stunden per Woche, in New Süd Wales sogar nur 40 Stunden. Die Arbeitsbedingungen können zur Zeit als zufriedenstellend bezeichnet werden. Die Löhne sind stets im Verhältnis der Teuerung der Lebensbedarfsartikel gestiegen und besteht ein vollständiger Ausgleich. Rob. Kolb, Sekretär.

## Wahlkreis-Einteilung.

Zum neunten Verbandstag, der am 22. Mai und folgende Tage in Leipzig stattfindet, geben wir nachstehende Wahlkreis-Einteilung bekannt, damit die Aufstellung der Kandidaten eingehend vorgenommen werden kann.

Wahlkreis	Delegierte
<b>1. Gau:</b>	
1. Rostock, Stettin, Schwerin, Lübeck, Waren, Bülow, Stralsund, Greifswald, Gollnow, Königsberg, Dramburg, Neustettin, Röllin, Wolgast, Danzig, Riel	1
2. Hamburg, Bremen, Lüneburg, Oldenburg, Stade, Wulsdorf, Aurich	1
3. Berlin-Brandenburg, Frankfurt a. O., Guben, Prenzlau, Wriezen, Landsberg, Jellberg	2
<b>2. Gau:</b>	
1. Striegau	2
2. Strehlen, Ströbel, Häslich	3
3. Gr.-Kunzendorf, Grlachsberg, Oberpeilau	1
4. Greiffenberg, Goldberg, Königswalde, Lauban, Niederlinda, Mauer, Tuntschendorf, Wüstegiersdorf	1
5. Altwarthau, Bunzlau, Breslau, Beuthen, Landeck, Löwenberg, Hockanau, Wenigackwitz, Tiefenfurt, Waldenburg, Münschelburg	1
6. Arnsdorf, Königshain, See, Spyritz	1
7. Bautzen, Cunewalde, Ebersbach, Kindisch, Grünberg, Ostzig, Schirgiswalde, Zittau	1
8. Kamenz, Königsbrück	1
9. Demitz-Thumitz, Häslich	1
10. Löbau, Liegnitz, Jannowitz, Giersdorf, Schreiberhau, Görlitz	1
<b>3. Gau:</b>	
1. Arnstadt, Cravinkel, Eichenach, Erfurt, Ehringsdorf, Gotha, Jena, Langensalza, Mühlhausen, Oberdorf, Böhneck, Schmalkalden, Treffurt, Weimar, Frensburg, Droszig, Gera, Greiz, Schleiz, Raasdorf, Saalburg, Weichenfels, Naumburg	1
2. Dresden-Pirna, Riesa, Klippshausen, Geising, Beerwalde, mühle, Schmiedeberg, Sebnitz	2
3. Aue, Crottendorf, Geier, Herrenheide, Kirchberg, Plauen, Neumark, Treuen, Frohburg, Wersandorf, Langenberg	1
4. Mittweida, Grimma, Verbersdorf, Bahutis, Theuma, Methen I und II, Penig	1
5. Altleben, Bernburg, Landsberg, Löbejün, Wildschütz, Hohenleuben, Sachma, Mellenbach	1
6. Hohenburg, Wurzen, Taucha, Dschak	1
7. Altenhain, Beucha, Dornreichtal	1
8. Leipzig, Halle, Chemnitz, Zwickau, Zöblitz, Sangerhausen, Dessau, Wechfelburg	1
<b>4. Gau:</b>	
1. Hannover, Bennigsen, Bielefeld, Dsnabrück, Paderborn, Rüttgen, Ibbenbüren, Minben, Eschershausen, Osterholz, Bantorf, Osterwald, Münchlaggen, Hohenberg, Kassel, Unsen	1
2. Hildesheim, Braunschweig, Magdeburg, Lutter a. B., Braunlage, Hasserode, Alvensleben, Königslutter, Einbe, Reiffenhäuser, Göttingen, Halberstadt, Rühle, Volkmarßen	1
3. Eiterhagen, Elgershausen, Fürstenwald, Gudensberg, Mosheim, Oberaula	1
4. Adelsheim, Meensen, Rietstadt	1

## Der aussterbende Handwerksbursche.

... Dinge, die gewesen sind, haben den Schimmer der Vergangenheit. Man sollte daran nicht rühren, solch Schimmer ist verweidbar; es gibt meist Enttäuschungen, wenn man dem Gewesenen später wieder in die Pupille schauen will. Mit zwanzig Jahren war ich auf der Herberge zu Hause wie so manch anderer zünftiger Handwerksbursche, dem was Neues zu den Augen herauskaut. Als ich jetzt in den bekannten Raum trat — er ist sich überall gleich mit seinen Wandsprüchen, seinem primitiven „Büfett“, seinen langen Wänden und Tischen — fühlte ich mich fremder als jemals in der fremdesten Fremde. Gewiß, man ändert sich, wird anspruchsvoller, gescheiter oder gescheitelter, hat Klubsessel probiert; aber die tieferen Gründe meiner Herbergsenttäuschung lagen nicht bei mir. Wirklich nicht. Wer einmal auf der „Walge“ war, dem kriecht im Frühjahr immer wieder der Stromergerst im Blute, und alljährlich mit dem ersten Grün melbet in mir ein beharlicher Vagabund seine Wünsche an. Nur die Renne ist sich nicht treu geblieben. Der schmucklose Raum war über denn je; der Ofen kalt, das Büfett tot, der Viseboos mit seiner blauen Schürze fehlte, die Wänke leer. Einsam hockte ein vermidelterer Alter in der Ecke, machte Rassensturz und belächelte zerrissenes Papiergeld. Wo früher alle deutschen Dialekte beisammen geseßen: fahrentfrühe, dufte Kunden, alte, immer im gleichen Strich ziehende Spejäger oder junge Grüne mit noch unüberbrauchten Zielen und Plänen: da gähnte graue Leere. Und mir fiel es zum erstenmal mit Bewußtsein aufs Herz, was ich längst dunkel fühlte: der deutsche Handwerksbursche liegt in den letzten Zügen, das Rad der Zeit ist über ihn hinweggerollt wie über die Postkutsche und den Postkillion.

Schon vor dem Krieg war die Stunde des letzten Handwerksburschen sichtbar. Die Industrie gestörte nicht nur das Hand-

werk, sondern auch das Ansehen des wandernden Handwerkers. Der „Ungelehrte“ mischte sich darunter. Die fieberhafte Entwicklung der Verkehrsmittel verschob die industrielle Reservearmee auf der Schiene so billig, daß die Landstraße der teuerste Weg wurde. Drum konnte die Obrigkeit Zweck und Sinn des Wandens schon längst nicht mehr recht erkennen; sie schuf Gesetze gegen Vagabondage und Landstreicherei. Der „arme Reisende“ wurde schikaniert, jede Widelhaube war sein unmittelbarer Vorgesetzter, jeder Gendarm sein Schicksal. Wenn die behelmte Vorsetzung schlecht gefühlstüdt hatte, steckte sie ihn ins Rüttgen — der Verdacht des Bettelns lag ja immer in der Nähe. Der moderne Arbeiter ver trägt so etwas glücklicherweise nicht mehr. Das Selbstbewußtsein des organisierten Arbeiters stand gegen jedes Almosenleben auf. Das Handwerksburschentum, ehedem für jeden fähigen, lern- frigen Handwerker eine notwendige Periode und sozusagen seine Vohemiengzeit, wurde unpopulär. Und der Krieg gab ihr den Rest. Was laufen konnte, wurde in die Kaserne geholt, selbst der alte gewiesene Spejäger kam ins Gedränge. Betteln statt zu arbeiten, wo die Nation jeden Arm brauchte? Die Bauern jagten ihn vom Hofe. Und dann: die Protokarte, die Fleischkarte, die Rationierung...

Das alles passierte sich in mir ab, als ich fröstelnd fühlte, wie kalt in einer Renne ein ungeheizter Ofen sein kann. Der Pennen- ofen, ehedem zur Winterszeit für die Ausgefrorenen ein glühender Mittelpunkt, der seine Wärme gleichmäßig verstrahlte an Gerechte und Ungerechte, tot, seelenlos, ausgefroren. So arm ist die Nation geworden. Hinterm Büfett hingen Schilder mit unfreundlichen Aufschriften: „Schlafgeld vier Mark“. Wir frohen seinerzeit noch für zwanzig Pfennige zwischen die Strohsäcke. Haben etwa die Almosen mit diesen Steigerungen Schritt gehalten? ... Der alte Pennenhengst vor mir hat die Hände in den Jacken- ärmeln zusammengehoben. Mein Blick schweift über sein kurzes,

grauborstiges Haar und ich entdecke dicht über ihm einen Wandspruch in steifen schwarzen Lettern: „Wenig Worte, viele Kraft und ein stilles, sanftes Wesen, sei dir stets zum Schutze erlesen!“ — Darunter ein fröstelnder verwitteter Vagabund. Das Gewesene, Ueberlebte, Veraltete dieses verdrängten Handwerksburschentums krümmt sich zur höhnischen Karikatur.

Dies Stück Romantik war einmal und kommt ebenso wenig wieder, wie der goldene Boden des Handwerks. (Vorstehendes haben wir einem Artikel von Robert Gröblich in der „Glocke“ entnommen. Schriftleitung.)

## Welt und Ich.

Im großen ungeheuren Ozeane willst du, der Tropfen, dich in dich verschließen? So wirst du nie zur Welt zusammenfließen, wie dich auch Fluten schütteln und Orane!

Nein! öffne deine innersten Ozeane und mische dich in Weiden und Genießen mit allen Strömen, die vorüberfließen; dann dienst du dir und dienst dem höchsten Plane.

Und fürchte nicht, so in die Welt gesunken, dich selbst und dein Ungeignes zu verlieren: der Weg zu dir führt eben durch das Gänge!

Erst wenn du kühn von jedem Wein getrunken, wirst du die Kraft im tiefsten Innern spüren, Die jedem Sturm zu stehn vermag im Range! Friedrich Hebbel.



- 5. Gommern
- 6. Wiegendorf, Flechtingen, Süplingen, Wolfshagen, Wildemann, Weiserode, Osterode, Carlshafen, Wellerode

**5. Gau:**

- 1. Aachen, Altendorf, Bochum, Bonn, Krefeld, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Gelsenkirchen, Herdecke, Köln, Kupferdreh, Mülheim, Münster, Sprockhövel, Westhofen
- 2. Zinheim, Alpenrod, Emsel, Hohenhausen, Dreisbach, Fehlbühnen, Eubendorf
- 3. Geinow, Roth, Ruppach, Obersbach, Hetholzhausen, Berghahn, Gemünden, Driedorf, Lippe
- 4. Altendick, Medenbach, Erdbach, Schadeck, Offenbach, Steeden, Schupbach, Willmar, Langenaubach, Alendorf, Margein, Beilstein, Uckerath, Rofenbach
- 5. Gummersbach, Hunsrück, Blombach, Gierzhagen, Litz, Kasbach
- 6. Delfern, Dornap, Gritten, Hahnenfurt, Hofermühle, Hohenlimburg, Letmathe, Lintenberg, Neanderthal, Oberhagen, Wilsfrath, Walheim, Lönnishöhe

**6. Gau:**

- 1. Rammelsbach, Lauterbach, Eisweiler
- 2. Schweisweiler, Albersweiler, Deidesheim, Orbis, Mienz, Kaiserslautern, Krickenbach, Neustadt a. S., Türkheim, Ludwigshafen a. Rh., Mannheim, Speyer a. Rh.
- 3. Eberbach, Mühlbach, Kürnach, Sulzfeld, Maulbronn, Freudenstein, Deringen, Pfaffenhofen, Pforzheim, Crailsheim, Stuttgart, Darmstadt
- 4. Bensheim, Reichenbach i. D., Lindensfeld i. D., Winterhausen, Heppenheim, Hemsbach, Kirchhain, Rimbach, Zwingenberg
- 5. Ischach, Reinheim, Neustadt i. D., Rofdorf, Nieder-Ramstadt, Schriesheim, Dossenheim, Bretten, Rammelsbach, Siedelsbrunn
- 6. Karlsruhe, Kappelrodeck, Seebach, Lahr, Freiburg i. Br.
- 7. Raumünzach, Haslach, Hornberg, Immenbdingen, Weierdingen, Ueberlingen, Ulm, Tiefenstein, Lütchenbach

**7. Gau:**

- 1. Bad Müling, Bruckmühl, Kiefersfelden, Kehlheim, München, Paiten, Regensburg, Rofbach, Wilsberg
- 2. Bayreuth, Berneck, Friedensfeld, Hof, Kronach, Selb, Sparneck, Steinwiesen, Bischofsgrün, Neubau, Wirsberg, Weidenberg
- 3. Kaiserhammer, Marktkeuthen, Niederlamitz, Seußen, Schwarzenbach, Wunsiedel
- 4. Gefrees, Kirchenlamitz, Weichenstadt, Neuzog
- 5. Blaubeurg, Floß, Tröbau, Reinersreuth, Raittenberg, Röhrenbach
- 6. Gauzenberg, Büchberg, Tittling, Eberhardsreuth
- 7. Lunkirchen, Ebenfetten, Metten, Ruhmannsfelden, Fürstzell, Neuhaus, Rindach
- 8. Fürststein, Fürsteneck, Hemmerau, Hochwegen
- 9. Frohlatengrün, Köbis, Moosbach, Selbig, Pilgramreuth, Eriebendorf, Leuchnitz, Viechtach, Weidensberg, Bobengrün, Waldkirchen, Neustift, Dechantsee, Windischeschenbach

**8. Gau:**

- 1. Hajenthal, Spechtsbrunn, Steinach
- 2. Eichstädt, Gundelsheim, Langenalthelm, Solnhofen, Treuchtlingen, Weigenburg
- 3. Eibelsfeld, Friedenshausen, Hofmannsdorf, Heibingsfeld, Marktbreit, Ochsenfurt, Randersacker, Reichenberg, Rottenbauer, Sommer- und Winterhausen, Würzburg
- 4. Grünsfeld, Hartheim, Höpplingen, Kleinrinderfeld, Kirchheim
- 5. Bedheim, Eckartshausen, Rühberg, Lichtenfels, Oberdachtellen, Schraubach, Schwebenried, Trossenfurt, Bierreth, Zapfenfurt, Ziegelanger
- 6. Bischofsheim, Gletshamberg, Maroldsweierach, Nordheim (Rhön), Obereschenbach, Oberriedenberg, Römshild, Roth v. Rhön
- 7. Amorbach, Bürgstadt a. M., Dietenhan, Eichenbühl, Freudenberg, Fehrenbach, Faulbach, Großheubach, Heigenbrücken, Kambach, Milttenberg, Niklashausen, Raunenberg, Reistenhausen, Röllfeld, Stadtprozelten, Wallbüren
- 8. Hattenronau, Augsburg, Bamberg, Dillingen, Iphofen, Koburg, Nürnberg, Roth a. S., Rothenburg, Schopfloch

**9. Gau:**

- 1. Steinau, Breitenborn, Rinderbüngen, Dübelsheim, Ortenberg, Lauterbach
- 2. Wölsfeld, Kalkenordheim, Völkershäusen, Dreihäusen, Lonsdorf, Homberg, Quecksborn, Lollar, Ober-Widdersheim, Racheleshausen
- 3. Frankfurt a. M., Mainz, Wiesbaden, Obermörlen, Wehlar, Eidenbüsch, Dietesheim, Klein-Steinheim, Groß-Steinheim, Ebersgöns
- 4. Ritt, Trier, Koblenz, Baumholder, Burgschwalbach, Dornheim, Flonheim, Weilmünster, Anspach, Saasen, Rodenbach, Ober-Bejingen, Simzig, Niederbreitig
- 5. Manen, Obermendig, Hoffeld

**Die Aufstellung von Kandidaten** für den Verbandstag hat bis zum 18. März zu geschehen. Der vollständige Name sowie der Wahlkreis, für den sie in Vorschlag gebracht wurden, sind bis zum 20. März an den Verbandsvorstand einzufenden, damit die Veröffentlichung der Vorschläge in Nr. 13 des Steinarbeiter erfolgen kann.

Es ist zu empfehlen, in jedem Wahlkreis mindestens zwei Kandidaten aufzustellen, damit für jeden Fall ein Ersatzmann vorhanden ist.

**Die Wahl der Delegierten** findet vom 6. bis 12. April statt. Das Wahlreglement wird mit der Kandidatenliste veröffentlicht. **Anträge zum Verbandstag** sind bis 25. März an den Verbandsvorstand einzufenden und auf besonderem Bogen oder Blatt niederzuschreiben. Berechtigung zum Antragstellen haben Zahlstellen und Einzelsahler.

**Aus den Zahlstellen.**

**Die Wahl Bericht von der Konferenz.** In der am 29. Januar tagenden Konferenz gab Gauleiter Senft nach der üblichen Einleitung und erfolgter Bureauwahl einen Ueberblick über die Vorgänge in den beiden Berichtsjahren, dem die von rund 60 Delegierten besetzte Konferenz entnehmen konnte, in welcher Weise sich die Aufgaben für die Gewerkschaften und deren Vertretungen in den Nachkriegsjahren häuften. Besonders zu vermerken sind aus dem Bericht, die immer wiederkehrende Schilderung über schlechten Geschäftsgang in den einzelnen Berufsgruppen, die ein großes Hindernis darstellen, die während des Krieges sehr zurückgebliebenen Löhne für die Kollegen den sich überfliegenden Verhältnissen anzupassen. Da auch die Mitgliederzahl des Verbandes wie der einzelnen Gause stark zurückgegangen war, diente das Jahr 1919 in erster Linie dem Aufbau der Organisation, so daß die unbedingt erforderliche Lohnaufbesserung erst den folgenden Jahren vorbehalten blieb. Unermüdliche Arbeit bedurfte es, trotz der Ungunst der Konjunktur und der Rückständigkeit der in Betracht kommenden Arbeitgeber vorwärts zu kommen, um den heutigen Stand zu erreichen, der überall noch verbesserungsbedürftig ist. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle alle wesentlichen Vorgänge zu registrieren. Es gingen durch Streiks und Ausperrungen im Gau rund 70 000 Arbeitstage verloren, zu bemerken ist, daß kein Streik erfolglos beendet wurde. 283 Lohnverhandlungen für 9530 Mitglieder wurden im letzten Jahre durch die Gauleitung geführt. Die Schlichtungsausschüsse mußten in 43 Fällen angerufen werden, mit deren Tätigkeit im allgemeinen keine Zufriedenheit festgestellt werden kann. An Hand einer statistischen Tabelle gab der Gauleiter eine Uebersicht über die Zusammengehörigkeit der Mitglieder sowie über erreichte Lohnhöhen gegenüber den Friedenslöhnen. Letztere wurden erhöht um 800 bis 2400 Prozent. Dabei ist interessant, daß dort, wo die Löhne in Friedenszeiten am niedrigsten standen, die höchsten Erhöhungen erreicht wurden, trotzdem aber die Löhne dort noch die schlechtesten sind. Es handelt sich um solche Bezirke, die früher dem Verbandsverbande nicht angeschlossen waren. Weiter ergibt sich aus dieser Statistik, daß im Jahre 1921 im Gau II 226 Betriebsunfälle zu verzeichnen waren,

wovon 21 schwer und 16 tödlich waren. Der Gauleiter erludt bei dieser Gelegenheit, alle Betriebsräte wie überhaupt alle Kollegen, aus diesen erschreckenden Zahlen die nötigen Folgerungen zu ziehen und in Zukunft mehr wie bisher auf Einhaltung der Schutzvorschriften zu achten. Falls Arbeitgeber oder Betriebsleitungen den Anregungen der Kollegen nicht nachkommen, ist umgehend an die Gauleitung zu berichten, die für Abhilfe sorgen wird. Über auch die einzelnen Kollegen müssen dazu angehalten werden, die Vorschriften, vor allem die Schutzhilfen genau zu befolgen. Im weiteren kommt der Gauleiter auf die Lärme und deren einzelne mitunter anzusehende Bestimmungen zu sprechen, ebenso auf die Frauenarbeit. Wie die heutige Justiz den Arbeitern gegenüber steht, zeigte ein Landgericht durch Gerichtsbescheid, der einer Streikleitung unter Androhung von drei Monaten Gefängnis oder 1500 M. Geldstrafe verboten hat, Streikposten auszustellen, der anrufende Arbeitgeber war guter Deutschnationaler, weshalb ihm wahrscheinlich Gehör werden sollte. Gelungen ist es nicht. Nachdem der Gauleiter auch auf die vorliegenden Anträge eingegangen war und den Mitarbeitern für die gewährte Unterstützung gedankt hatte, erludte er weiter um rege Mitarbeit und brauchbare Anregungen.

An der hierauf einsetzenden Diskussion beteiligten sich 23 Kollegen, die ohne Ausnahme mit der Tätigkeit des Gauleiters einverstanden waren. Eine besonders scharfe Kritik fand die Schlichtungsordnung des RWB für die deutsche Pfasterstein- und Schotterindustrie. Es wurde wiederholt gefordert, deren Paragraphen 21 abzuändern oder vollkommen zu beseitigen. Fast durchweg wurde von den Delegierten auch der Soziallohn verworfen, da dieser nur Anlaß zu vielen Reibereien innerhalb der Betriebe und damit in letzter Linie zum Kampf der Kollegen untereinander führen würde, um so mehr als von den einzelnen Arbeitgebern damit Mißbrauch getrieben wird. Nicht übersehen wird, daß der Soziallohn an und für sich richtig wäre, nur wird das jetzige Betriebsrätegesetz als unzureichend erklärt, den sich ergebenden Schwierigkeiten vorzubeugen.

Eine von der Zahlstelle Striegau beantragte Resolution, bezüglich der die Steinarbeiter schädigenden Eisenbahnfrachtpreiserhöhungen ohne einen Ausnahmetarif für Natursteine, wurde einstimmig angenommen und die Gauleitung beauftragt, bei den zuständigen Reichsbehörden entsprechende Schritte einzuleiten. — Die zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträge der Zahlstellen wurden den einzelnen Bezirken überwiesen, andere zur Kenntnis genommen.

Unter den zu Punkt 2 der Tagesordnung „Stellungnahme zum Verbandstag“ befindlichen Anträgen verdient die meiste Beachtung ein Antrag von der Zahlstelle Lößau, der vom Kollegen Mehrfort begründet wurde. Aus dieser Begründung ergibt sich zusammengefaßt, daß die Antragsteller den sicheren Ueberzeugung zu sein scheinen, daß ein Anstieg an den Baugewerksbund den Kollegen mit Beschlüssen höhere Löhne eintragen würde. Der Antrag lautet demnach auch, die Verschmelzung mit dem Baugewerksbund zu veranlassen. Der als Vertreter des Zentralvorstandes erscheinende Kollege Winkler ging auf das Für und Wider dieser Angelegenheit ein, indem er den Widerstand des Verbandes mit all seinen Folgerungen und Rückschlüssen behandelte. Ein Vertreter der größten Zahlstelle des Gaus trat dem Kollegen Winkler vollkommen bei und lehnte die Verschmelzung ab. Gauleiter Senft bewies an Beispielen innerhalb unseres Verbandes, daß die von den Lößauer Kollegen gehegten Hoffnungen unbedingt trügerisch sein würden. Die in der Steinindustrie beschäftigten Metallarbeiter waren teilweise ebenfalls der Auffassung, daß ihnen ein Anstieg an den Metallarbeiterverband die Löhne der Metallarbeiter bringen würde und traten deshalb zirka 240 Mann in diesen Verband über. Jetzt müssen sie aber sehen, daß nach wie vor die Lohnbewegungen für sie nur von unserem Verband geführt werden müssen. Auch die in Kalksteinbrüchen beschäftigten Kollegen haben aus gleichem Anlaß eine große Enttäuschung erlebt. Die Abstimmung über den Antrag Lößau ergibt, daß mit Ausnahme der Antragsteller (4) kein Delegierter für die Verschmelzung ist. Ueber die übrigen Anträge wird zum Verbandstage gesprochen werden. Punkt III der Tagesordnung behandelt Gauleiter Senft, indem er wegen der vorgeschriebenen Zeit kurz auf Organisation und Agitation eingeht. Hierbei bemängelt er vor allem die bezüglich der Beitragsleistung sehr rückständigen Zahlstellen und gibt auf Wunsch der Konferenz deren Namen bekannt. Mit dieser Rückständigkeit dürfte in Zukunft gründlich aufgeräumt werden, denn nur dann kann und wird der Verband allen berechtigten Ansprüchen gerecht werden können. Erst wenn alle Zahlstellen und Kollegen ihre Pflicht erfüllen, ist auch ihnen, im Gegenzug zur Beitragsleistung sehr weitgehenden Wünschen nachzukommen. Es muß möglich werden, wie früher einen Stundenlohn pro Woche für den Verband zu leisten, wenn wir gerüstet sein wollen, was mehr wie je nötig ist, denn die Aufgaben werden immer größer. Die Delegierten sagten auch zu in Zukunft dahingehend zu wirken. Agitation muß ebenfalls getrieben werden, um den letzten Mann in unsere Reihen zu bringen. Wofür sind die christlichen und kirchlichen Verbände verschwindend zurückgeblieben, aber auch den letzten Mann müssen wir diesen Nutznießern unserer Arbeit beistehen. Nachdem gegen die Beziehung hauptsächlich der Hirsch-Dunckerischen Verbände zum Haupttarifamt für die deutsche Pfasterstein- und Schotterwerke Protest erhoben und sonstige interne Sachen noch besprochen wurden, fand die sachlich verlaufene Konferenz ihr Ende. Scharf hat diese seit 1914 erste Gaukonferenz manche Anregung zur Arbeit für die Zahlstellen und den Gesamtverband gegeben.

Die Tagung fand vor dem ausgeschmückten Bilde unseres leider zu früh verstorbenen Kollegen Staubinger statt. In dessen Sinne muß weitergewirkt werden. Der Schriftführer: Paul Neumann.

**Naumburg.** Anfang Dezember reichten wir eine Lohnforderung ein, den Stundenlohn vom 19. Dezember an von 10.65 M. auf 12.30 M. zu erhöhen. Die Firma Kirschwig bewilligte, aber die Firma Leichering, die sich überhaupt noch nicht in die neue Zeit gefunden hat, lehnte ab. Wir wendeten uns an den Schlichtungsausschuss, der den Verhandlungstermin auf den 23. Januar festsetzte. Inzwischen bezahlte Herr Leichering vom 1. Januar ab die Stunde 12 M. Der Schlichtungsausschuss fällt einstimmig den Schiedspruch, daß die Firma Leichering ab 19. Dezember pro Stunde 12.30 M. zu zahlen habe. Doch lehnte die Firma den Schiedspruch ab. Am 30. Januar stellten wir ihr ein Ultimatum, entweder unsere Forderung anzuerkennen, oder wir legen die Arbeit nieder, da erklärte sie sich sofort bereit, ab 19. Dezember nachzuzahlen. Ein Zeichen, daß Herr Leichering den Lohn wohl bezahlen kann und auch genügend Arbeit hat. Jede Lohnforderung will er damit abtun, weil, wie er sagt, durch die hohen Löhne keine Aufträge eingingen und er somit nicht bezahlen konnte.

**Großheubach.** Unter beigelagerter Streit hatte wenigstens den Erfolg, daß die Unternehmer des Maintales, zum größten Teil, vor Entscheidung des Landeseinigungsamtes, jenen vom Schlichtungsausschuss festgesetzten Stundenlohn von 7.20 M. wenn auch vorübergehend bezahlten. Auf den Stundenlohn von 5.60 M. sollten wir ab 15. Dezember 1921 80 Pf. und vom 1. Januar 1922 wiederum 80 Pf. erhalten, was aber wegen eines Formfehlers vom Landeseinigungsamt nicht verbindlich erklärt werden konnte. Durch Einigung erhielten wir den Stundenlohn von 7.20 M. nur vom 1. Januar an. Bei der Firma Hittich konnten wir noch früh genug 50 Prozent vom 15. Dezember bis 1. Januar retten. Trotz des ermäßigten Stundenlohnes hat die genannte Firma vier Kollegen gemahrgelagt, darunter auch den Vorsitzenden. Ein angeblicher Materialmangel wird deshalb von uns nicht anerkannt, weil die Firma nicht nach dem Betriebsrätegesetz handelt, und ihre Leute selbst herauszufucht. Mit etwas Kollegialität am Ort können solche Zustände leicht verhindert werden.

**Rottenbauer.** Am Sonntag, dem 15. Januar, fand unsere Generalversammlung statt; sie war gut besucht, hauptsächlich ist es den Kollegen von Geroldshausen hoch anzurechnen, da sie das schlechte Wetter und den weiten Weg nicht scheuten und vollzählig erschienen. Folgende Punkte hatten der Erledigung: Quartalsabrechnung, Neuwahl und Verschiedenes. Zu Punkt 1 wurde viel diskutiert, so manches bedarf da einer Aenderung, größte Spararbeit ist hier in Zukunft zu üben. Dann wurde beschlossen, dem Gewerkschaftsartikel Heidingsfeld beizutreten. Kollege Pavot referierte in längerer Ausführungen über Entstehung, Zweck und Ziel einer Gewerkschaft. Aufklärung tut hier wirklich not. Kollege Schmitt ermahnt die Kollegen, der Partei beizutreten. Kollege Ott rügt den schlechten Besuch der Rechnungsführer sowie den der Versammlungen. Nachdem die Neuwahl erledigt, ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, den Verband durch regelmäßige Beitragsleistung sowie durch rege Agitation kräftig zu unterstützen.

**Schupbach.** Am Sonntag, dem 15. Januar, hielt die Zahlstelle ihre Generalversammlung beim Gastwirt Stein ab. Der Versammlungsbesuch war leider mäßig. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung

gab Kollege Kramer den Geschäftsbericht des verflorenen Jahres und ermahnte die anwesenden Kollegen in fertigen Worten, auch im neuen Jahre fest und geschlossen zur Organisation zu stehen, denn die Lohnkämpfe im neuen Jahre werden an die Kollegen große Anforderungen stellen. Ein Erfolg auf diesem Gebiet ist uns gelungen, daß wir die Arbeitgeber der Marmorbranche dazu bewogen haben, die Löhne der Marmorarbeiter besonders zu regeln und nicht wie früher, in Gemeinschaft im Lohn-Arbeitgeberverband. Hierauf gab der Kassierer den Kassierbericht bekannt, der erfreulicherweise noch einen beträchtlichen Ueberfluß aufzuweisen hatte. Nachdem die Bücher stimmend und alles in Ordnung befunden wurde, wurde dem gesamten Vorstand Entlastung erteilt. Hierauf wurde zur Neuwahl geschritten. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Zur Beitragsfrage ebenso einstimmig beschlossen, für Steinbauer 7 M., für Hilfsarbeiter 6 M. jagungsgemäß pro Woche zu erheben, außerdem den Bezirksbeitrag von 1 M. pro Mitglied vierteljährlich beizubehalten. Als Delegierter zum Verbandstag wurde 1. Vorsitzender Kollege Kramer mit 22 von 35 gültigen Stimmen in Vorschlag gebracht. Um dem in letzter Zeit stark zunehmenden Versammlungsergebnissen vorzubeugen, beschloß die Versammlung, Kontrollkarten anfertigen zu lassen, die in jeder stattfindenden Versammlung abgestempelt werden. Wer dreimal ohne Entschuldigung fehlt, soll mit 5 M. bestraft werden. Wir möchten nun die Kollegen nochmals im eigenen Interesse daran erinnern, den Versammlungen in Zukunft besser beizuwohnen. Der Versuch von gewisser Seite, unsere Organisation zu sprengen, tritt von Tag zu Tag klarer in Erscheinung. Darum Kollegen: „Die Augen auf! Hoch die Solidarität! Hoch die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft!“

**Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.**

(W.W.) Die deutsche Wirtschaft steht im Zeichen der rasch fortschreitenden Annäherung aller Inlandspreise an diejenigen des Weltmarktes. Hierdurch wird allen Lohn- und Gehaltssteigerungen zum Trotz von Woche zu Woche die Spannung zwischen dem Einkommen der breiten Volksschichten und den Preisen der wichtigsten Lebensbedürfnisse immer wieder in einem Maße vergrößert, daß die Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger dauernd einem unerträglichen Druck ausgesetzt bleibt. Angehts dieser Sachlage verdient die Diskussion über die Frage der gleitenden Lohn- und Gehaltskala, die schon seit längerer Zeit geführt wird, in den letzten Tagen aber im Reichstagsauschuß für Beamtenangelegenheiten besonders aufgenommen wurde, ernste Beachtung. Ganz abgesehen von den technischen Schwierigkeiten einer derartigen Verfolgungsmethode bleibt es zweifelhaft, ob es angebracht ist, gerade im jetzigen Moment, wo die Preissteigerungen besonders heftige sind, dazu überzugehen. Es liegt die Gefahr nahe, daß in einzelnen Gewerben oder an einzelnen Plätzen der Ausgangspunkt für die gleitende Lohnkala zu niedrig festgelegt wird, und daß die daraus resultierende Benachteiligung der betreffenden Arbeitnehmer sich in dem Maße verstärkt, wie die Preisliste nach oben geht. Im Falle einer Rückwärtsbewegung der Preise müßten dann die Löhne wieder entsprechend reduziert werden, obwohl sie vielleicht das wirkliche Existenzminimum noch gar nicht erreicht haben. Eine derartige Lohnkala kann deshalb nur dort eingeführt werden, wo die Löhne schon jetzt tatsächlich ein Niveau erreicht haben, das der Arbeiterschaft bei den augenblicklichen Preisverhältnissen ein auskömmliches Leben garantiert. Es wird überdies nicht zu vermeiden sein, daß infolge der häufigen Konjunkturschwankungen und der dadurch bedingten Veränderungen der Arbeitsmarktlage Arbeitnehmer wie Arbeitgeber von Zeit zu Zeit sich durch die automatische Lohnregulierung benachteiligt fühlen. Infolgedessen ist eine gleitende Lohnkala ohne gleichzeitige Wirksamkeit von Schiedsgerichten unbenutzbar. Vorläufig aber fehlen uns noch die einfachsten technischen Voraussetzungen für eine solche tiefgreifende Aenderung des Lohnsystems. Trotz aller Verbesserungen, die die Wirtschaftstatistik in den letzten Jahren erfahren hat, ist sie doch noch immer sehr lückenhaft und für den praktischen Gebrauch meist nicht hieb- und staßfest. Es sei nur darauf verwiesen, daß die Indexziffern für das Existenzminimum, die von amtlichen und privaten statistischen Büreaus berechnet werden, infolge der ganz verschiedenartigen statistischen Methoden nicht nur hinsichtlich der absoluten Höhe, sondern vor allem auch hinsichtlich der allmonatlich errechneten prozentualen Steigerung oder Senkung sehr stark voneinander abweichen. Es wäre ein gefährliches Experiment auf einer solchen unsicheren Basis ein Lohnsystem aufzubauen, von dem die Lebenshaltung der großen Mehrheit des deutschen Volkes abhängt. Der Wert einer Statistik liegt in ihrer Zuverlässigkeit und in der Vergleichbarkeit für längere Zeiträume. Erst wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, kann man dazu übergehen, sie für die Praxis als Grundlage zu benutzen. Der kleinste methodische Fehler muß bei den heutigen starken Schwankungen ganz bedeutende Unrichtigkeiten und dementsprechend eine Benachteiligung der Lohnempfänger oder Unternehmer in der Praxis nach sich ziehen. Sollte das System der gleitenden Lohnkala, das gewiß gegenüber den heutigen Verhältnissen in ruhigeren Zeitaltern einen gewissen Vorteil hat, infolge zu früher Einführung Risiko erleiden, so wäre es auf lange Zeit hinaus diskreditiert. In einer Periode der größten Unsicherheit und der stärksten Schwankungen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens sollte man von Maßnahmen absehen, die nach Lage der Dinge doch nur ein Experiment sein können und unter Umständen geeignet sind, die ohnehin schon sehr großen sozialen Gegensätze in bedrohlicher Weise zu verschärfen. Wir müssen suchen, unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zu stabilisieren, da ohnehin gegenwärtig sich schon alles in Fluß befindet.

Der wirtschaftliche Organismus befindet sich auch hinsichtlich seiner kapitalistischen Struktur augenblicklich in einer Periode der Umformung. Während man noch im vorigen Jahre bei zahlreichen industriellen Unternehmungen das Bestreben feststellen konnte, den Aktionären auf die verschiedenste Weise Gewinne zuzufließen zu lassen, zeigt sich neuerdings von den großen Konzernen bis herab zu den kleinsten Privatunternehmen das Bestreben nach Vergrößerung der Betriebskapitalien. Selbst die Genossenschaften können sich dieser Tendenz nicht entziehen. Die allgemeine Hebung des Warenpreinsniveaus und der Unkosten bedingt selbst bei unbedeutend gebliebener Produktion eine bedeutende Steigerung des Umsatzes an Betriebskapitalien. Die Aktiengesellschaften sind gegenüber den reinen Privatunternehmen insofern in einer günstigen Lage, als ihnen der Weg der Emission neuer Aktien offen steht. Die Privatbetriebe befinden sich größtenteils in gewissen Schwierigkeiten, da langfristige Kredite zur Zeit gar nicht oder nur unter sehr harten Bedingungen zu erhalten sind. Es zeigt sich eben, daß trotz eines sehr lebhaften Warenumsatzes im bergangenen Jahr die Neubildung von Betriebskapital stark nachgelassen hat, und daß wir folglich von alten Zeit gezehrt haben. Die Blütezeit des deutschen Wirtschaftsförpers beginnt ihre ersten Wirkungen zu äußern. Die Kapitalisten der hochsalutarischen Länder, die infolge der dortigen Stagnation in Handel und Wandel nicht wissen, wie sie ihre Gelder produktiv anlegen sollen, richten jetzt ihr Augenmerk auf die deutsche Industrie, in der sich Leute, die mit Dollar und Pfund Sterling rechnen, verhältnismäßig leicht maßgebenden Einfluß verschaffen können. In London ist ein Finanzkongress im Entstehen begriffen, das, ausgestattet mit großen Mitteln, lediglich den Zweck hat, die Majorität der Aktien verschiedener ober-schlesischer Großbetriebe aufzukaufen. Die Engländer suchen die Hand auf den ober-schlesischen Bergbau zu legen, um ein Gegengewicht gegen die Vormachtstellung Frankreichs auf dem kontinentalen Kohlenmarkt, die es in der Hauptsache den deutschen Zwangslieferungen verdankt, zu schaffen. Außerdem betrachtet England das ober-schlesische Industriegebiet mit seiner Produktion an Eisen und Metallen und entsprechenden Fertigerzeugnissen als Ausfallort für die Eroberung der östlichen Märkte, insbesondere Rußland. Hat das englische Vorgehen in Oberschlesien Erfolg, woran übrigens nach Lage der Dinge kaum zu zweifeln ist, so wird man sein Augenmerk auch auf rein deutsche Unternehmungen richten. Es ist für die Engländer verlockend, die deutsche chemische, Textil-, Elektro- und Maschinenindustrie unter ihren Einfluß zu bringen,



Die Versuche, deutsche Gewerkschaften und Jugendvereine nach dem Ausland zu engagieren, um Betriebsgeheimnisse und gewisse wichtige Produktionsmethoden kennen zu lernen, sind bisher nur in Einzelfällen von Erfolg gewesen. Gelingt es aber, hier und da die Mittelmehrheit wichtiger deutscher Unternehmungen zu erwerben und in die Aufsichtsräte hineinzukommen, so erlangt damit die ausländische Konkurrenz einen Einblick in unsere Betriebe, der unter Umständen für den deutschen Arbeitsmarkt recht verhängnisvoll werden kann. Wir bekommen erst jetzt die Nachwirkungen des verlorenen Krieges richtig zu fühlen. Während man im grauen Altertum die wehrhaften Männer und die Reichtümer bestiegter Völker in das siegreiche Land abschleppte, die Männer zu Sklaven machte und den Reichtum verpraßte, geht man heute mit anderen Mitteln vor, die vielleicht weniger grob und sinnfällig sind, letzten Endes aber darauf hinauslaufen, den deutschen Arbeiter auf lange Zeit zum Sklavi der Kapitalisten der Siegerstaaten zu machen.

### Rundschau.

Aus unserem Beruf und unserer Industrie. Eine Photographie. Im „Steinbildhauer“ hat sich eine Polemik ausgebrochen mit unserem Kollegen E. W. und dem Betriebsleiter Herrn Destring. Den Anlaß dazu hat die Abhandlung von E. W. über „Wissenschaftliche Betriebsführung“ gegeben. Ein Meinungsstreit darüber läßt sich nun allerdings nicht in der Form zum Abschluß bringen wie Herr Destring jetzt beliebt. Wohl haben auch wir Verständnis für bayrische Weisheit, wenn sie gut sind, haben auch sonst eine schwache Seite für Dürbheit, besonders bayrischer; doch alles am passenden Platz und in die richtige Umgebung hinein, sonst klarrt der Kram nicht.

Es ist gewiß nicht immer gut, sich als Dritter in einen Streit zu mischen, doch da in diesem Fall keine Vermittlerrolle in Betracht kommt, braucht man als Dritter die bekannten Kräfte nicht zu befürchten, na und wenn schon, dann wird es mit in Kauf genommen. Bei einer früheren Gelegenheit, die allerdings schon Jahre zurückliegt, hat Herr Destring, wenn wir nicht irren Reichsstarif- oder Einheitsstarifdebatte, so etwas von einem größeren Zug vermuten lassen, und als wir dann später hörten, daßer Betriebsleiter geworden ist, da haben wir uns irgend etwas dabei gedacht. Sagen wollen wir aber nun doch, daß seine Polemik uns davon ganz gründlich kuriert hat. Ähnlich wird es allen jenen gehen, die ihn von früher her noch im Gedächtnis haben als Steinmetz-Kollege, auch die ihn nicht kennen, werden ihn einschätzen nach folgendem, was wir aus seiner Polemik herauschälen; denn es wirkt tatsächlich wie eine Photographie:

„Solange jedoch die Betriebsräte durch Massenaufwiegelung und andere Einwirkungen gezwungen werden, dem Betriebsrätegesetz, insbesondere hinsichtlich der §§ 66 und 68 entgegenzuarbeiten, solange sich die Betriebsräte einseitig auf den Stuhl der Gewerkschafts- oder anderen Interessen setzen, solange wird ein „Matschlag“ von dieser Seite mehr oder weniger mit einem Wunsch verquickelt sein, der dem Betriebsinteresse zuwiderläuft und daher andurchführbar ist.“

Wir sind nun durchaus nicht mehr neugierig, zu erfahren, wie es Herr Destring wohl fertig bringen mag, sich gleich mehrseitig auf einen Stuhl zu setzen. Vielleicht kann dieses Kunststück von dem Herrn unseren Lesern noch gelegentlich mitgeteilt werden. Für den Augenblick machen wir einen Punkt unter die Auseinandersetzungen über die „Wissenschaftliche Betriebsführung“. Die neue Photographie kommt in das Album der Schriftleitung.

**Gewerkschaftliches. Erhöhung der staatlichen Erwerbslosenunterstützung.** Der Vorstand des ADGB hatte von den Reichsbehörden eine der fortschreitenden Leuerung entsprechende Erhöhung der Unterstützungsätze für die Erwerbslosen gefordert. Wie der Reichsarbeitsminister nunmehr mitteilt, hat er durch Rundschreiben vom 8. Februar den Regierungen der Länder sein Einverständnis erklärt, daß die Unterstützungsätze für die Erwerbslosen und ihre Angehörigen um durchschnittlich 25 v. H. der bisherigen Sätze erhöht werden. Für die jugendlichen Bediener soll die Erhöhung durchschnittlich 15 v. H. betragen. Die Gemeinden werden durch die Landesregierungen angewiesen, die neuen Unterstützungsätze zur Auszahlung zu bringen.

**Die Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenbewegung.** Eine der aus der Not der Zeit geborenen Bewegungen ist die der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Leider ist aber auch diese Bewegung mit dem alten Erbübel der Gewerkschaftsbewegung, der politischen und religiösen Zerrissenheit belastet, sehr zum Nachteil der Beteiligten selbst. Die Bemühungen, eine einheitliche Organisation für alle Opfer des Krieges zustande zu bringen, scheiterten leider an der Halsstarrigkeit, mit der politisch und religiös einseitig orientierte Persönlichkeiten an der Schaffung neuer Organisationen tendenziöser Richtung festhielten. So ist neben den Kriegervereinen, die sich nach dem Krieg auch plötzlich der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen anzuschließen suchten, noch der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebenen gegründet worden, der in der Kriegsbeschädigtenbewegung etwa die Rolle der christlichen Gewerkschaften in der Gewerkschaftsbewegung vor 15 Jahren spielt und vollkommen nationalitätlich und religiös eingestellt ist. Die Gründung dieses Zentralverbandes, zunächst unter dem Namen: „Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer“, ist unter dem Vorsitz des christlichen Gewerkschaftsführers und deutschnationalen Abgeordneten Behrens und der Mitwirkung der christlichen, nationalen und Kirch-Wunderschen Gewerkschaften erfolgt. Schon die Gründung zeigte, daß es sich um eine Sammlung der auf „nationalem Boden stehenden“ Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen handelte. Vorsitzender ist der deutsch-volksparteiliche Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes Thiel. Wie der Zentralverband von den christlichen Gewerkschaften protegert wird, zeigt ein Beschluß des 10. Kongresses der christlichen Gewerkschaften vom November 1920 in Essen, in dem gesagt ist, daß es der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nicht gleichgültig sein kann, welchen Organisationen die Kriegsoffer angehören, und daß nur der Zentralverband empfohlen werden kann. Bezeichnend für den Geist und die Tendenz des Zentralverbandes ist die Tatsache, daß er sich bereits seit nahezu zwei Jahren in einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Hoffhäuser-Bund der deutschen Kriegervereine befindet. Der Zentralverband versucht jedoch, die Kriegsoffer selbst wie auch die Offenheit über seine einseitige Tendenz hinwegzutäuschen und sich als eine parteipolitisch und religiös vollständig neutrale Organisation der „Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen“, Berlin SW 20, Belle-Alliancestraße 16, in Frage kommt. Der Reichsbund verfolgt keinerlei Nebenziele, seine Tätigkeit besteht lediglich in der Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, für die die sachliche Arbeit des Reichsbundes schon viele Erfolge gezeigt hat. Der Reichsbund mit seinen 800 000 Mitgliedern bietet die Gewähr dafür, daß er auch zukünftig die Interessen der Kriegsoffer mit Nachdruck vertreten wird. Es liegt deshalb im eigenen Interesse aller Kriegsoffer, wenn sie den Reichsbund möglichst zu stärken suchen.

**Genossenschaftliches. Genossenschaftliche Einheitsfront.** Die Neutralität der Konsumvereine ist die Voraussetzung für ihr Bestehen und ihren Fortschritt. Das hat unzweideutig der Genossenschaftstag in Baden-Baden erneut zum Ausdruck gebracht. Neunbüßig äußert sich darüber auch das Organ der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend. Im Innern unserer Organisation müssen wir, so schreibt dort der Geschäftsführer der genannten Genossenschaft, Herr H. Witzus, uns nur als Genossenschaftler fühlen und betätigen, d. h. wir dürfen in unserer Organisation keinerlei Spuren der politischen Streitfragen entstehen lassen. Oft genug ist von der Arbeiterkassette die Zerrüttung der politischen Organisation bedauert worden. Unsere Aufgabe als Genossenschaftler muß es sein, mit aller Kraft dafür zu wirken, daß der konsumgenossenschaftlichen Organisation die Einheitsfront in des Wortes weitester Bedeutung garantiert bleibt. Keine der politischen

Gruppen, auf die sich die Genossenschaften in der Konsumgenossenschaft stützen, ist allein in der Lage, die Konsumgenossenschaft aufrechtzuerhalten, ganz zu schweigen davon, daß sie sie nicht weiter ausbauen kann. Es ist auch keine in der Lage, etwas Gleichartiges zu schaffen, um ihren Anhängern Ähnliches zu bieten, wie in der Konsumgenossenschaft geboten wird. Das bedingt, daß wir innerhalb der Genossenschaft alle politischen Strömungen zusammenfassen, ohne danach zu fragen, welcher Strömung der eine oder der andere angehört, sondern lediglich die wirtschaftlichen, die genossenschaftlichen Fragen behandeln, wobei wir immer und immer wieder uns vor Augen halten müssen, daß die Ziele der modernen konsumgenossenschaftlichen Organisation zum wirtschaftlichen Sozialismus führen. Und weil dem so ist, deshalb brauchen uns die Streitigkeiten der politischen Parteien nicht zu betreffen. Wir brauchen uns nur zu beschäftigen mit dem genossenschaftlichen Auf- und Ausbau und im konkreten Fall dafür zu sorgen, daß die notwendigen Mittel vorhanden sind.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Betrifft Karenzzeit beim Bezug der Erwerbslosenunterstützung im Bezirk! Einige Zahlstellenaffirer pochen auf die Bekanntmachungen im Steinarbeiter Ende 1921 zu den Uebergangsmassnahmen bei der ab 1. Januar 1922 eingetretenen Beitragserhöhung und damit verbundenen Erhöhung der Unterstützungsätze, wo gesagt wurde, daß die erhöhten Sätze ohne jede Karenzzeit in Kraft treten. Damit wurde durchaus nicht die Bestimmung des Statuts: „Die Erwerbslosigkeit der ersten drei Tage wird nicht unterstützt“ — aufgehoben. Die Bemerkung „ohne jede Karenzzeit“ bezog sich nur auf die sonst allgemein übliche Gepflogenheit, erst für eine gewisse Zeit (viertel- oder halbjähr) den erhöhten Beitrag zu leisten, damit ein Geldbestand angesammelt wird, von dem die höheren Unterstützungen geleistet werden können. — Die dreitägige Karenzzeit beim Unterstützungsbezug für das einzelne Mitglied hat also mit der damaligen Bemerkung nichts zu tun und besteht solange bis ein Verbandsratsbeschluss hier ändert. Der größte Teil der Ortsverwaltungen hat es auch gar nicht anders ausgelegt; denn es war tatsächlich ein Sprung ins Dunkle, alle erhöhten Sätze mit der erhöhten Beitragszahlung sofort in Wirksamkeit treten zu lassen.

Folgende Zahlstellen hatten bis zum 21. Februar ihre Quartalsabrechnungen noch nicht an die Hauptkasse eingefandt:  
1. Gau: Königsberg, Kottbus. 5. Gau: Gummersbach, Tönisheide, Wülfrath. 6. Gau: Orbis. 8. Gau: Bamberg. 9. Gau: Ober-Bessingen, Obernheim.

### Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Bremen. Zahlstellenaffirer und auch andere Kollegen werden vor dem Steinmetz Viktor Wittkowsky aus Danzig gewarnt. Er versteht es ausgezeichnet durch allerhand Erzählungen seine Hilflosigkeit darzustellen und pocht auf die Gümmigkeit der Kollegen. Er neppt nach Hochstaplerart, darum Vorsicht! Seine Interimskarte ist auch verpfändet.

9. Gau (Sitz Frankfurt a. M.). Gauleitung am Sonntag, dem 5. März 1922, vormittags 9 Uhr, im alten Stadtverordnetenrat des Rathauses, Eingang Limburgergasse zu Frankfurt a. M. Tagesordnung: 1. Gaubericht. 2. Stellungnahme zum Verbandstag, a) Tarif und Schlichtungswesen, b) Waagemerksbund. 3. Organisation und Agitation. Zahlstellen bis zu 150 Mitglieder entsenden einen Delegierten, größere Zahlstellen bleibt die Bestimmung überlassen, jedoch darf für je 150 Mitglieder nur ein Delegierter bestimmt werden. Ich verweise auf Rundschreiben vom 9. Februar. Die Gauleitung: Adolf Menges.

### Adressenänderungen.

- 2. Gau. Schirgiswalde. Vorj. u. Kass.: Josef Spittang, Niedergasse 33.
- 5. Gau. Blombacherbach. Vorj.: Richard Buche, Barmen-Rittershausen, Bedacker, Ackerstr. 2.
- 6. Gau. Lauterbach. Vorj.: Fritz Selbmann, Graben 70. Kass.: Joh. R. Schmidt, Graben 60.
- 7. Gau. Pilgramsreuth. Vorj.: Andreas Werner. Walfkirchen. Vorj.: Johann Schönberger, Bahnhof, bei Herrn. Hofgöferer.
- 8. Gau. Bürgstadt. Vorj.: Karl Hebenstetter, Nr. 39. Hofenhal (S.-M.). Kass.: Fritz Widlein. Obereschbach. Kass.: Hans Karg, Weidensgrüben, Post Gräfen-Dorf (Unterfr.). Dörsenfurt. Vorj.: Georg Rein, Ringengasse.

### Briefkasten.

An Mitarbeiter und Schriftführer richten wir hiermit wiederholt das Ersuchen, Einwendungen, die zum Abdruck bestimmt sind, immer nur auf einer Seite zu beschreiben und richtig frankieren. Die Zeilen nicht zu eng, niemals mit Blei- oder Indienstift, sondern mit Inten schreiben. Endlich muß das einmal beachtet werden! Die Schriftleitung gibt doch solche Hinweise nicht aus Langeweile! Die monatliche Beilage (Betriebsrat und -obmann) für Februar, kann technischer Schwierigkeiten in der Druckerei erst Anfang März erscheinen. Die Nummern 4, 5 und 6 des Korrespondenzblattes werden noch nachträglich geliefert; denn durch den unglücklichen Eisenbahnstreik lagern diese Nummern immer noch irgendwo auf der Post. Anfragen und Beschwerden haben deshalb bei uns keinen Zweck, hier heißt es nur warten! Bürgstadt. Aussetzen ist Arbeitslosigkeit und berechtigt zur staatlichen und Verbands-Erwerbslosenunterstützung.

### Neue Bücher, Zeitschriften usw.

**Verantwortlichkeit.** Je stärker die Menschen von zentralen Einrichtungen sich abhängig machen, in desto höherem Grade ist die Gemeinschaft auf die Zuverlässigkeit und das Verantwortlichkeitsgefühl jedes Mitbeteiligten angewiesen. Nr. 2 der „Betriebsrätezeitung“ des ADGB und des Afabundes, die am 15. Februar erschienen ist, weist die Betriebsräte eindringlich darauf hin, daß das Vertrauen in die Sicherheit und das zuverlässige Funktionieren gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen das Fundament für den Aufbau des Sozialismus ist. Ueber „Die deutsche Elektrizitätswirtschaft“ gibt die Nummer durch Wiedergabe eines Vortrages des Geh.-Rats Benzmann einen ausgezeichneten Ueberblick. Zur raschen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, zu dem Problem der Konzentration in der Schwerindustrie nehmen weitere Beiträge Stellung. Interessant ist eine Ansprache mit einem Wirtschaftsführer über die Planwirtschaft. Ein Aufsatz „Die Arbeit des deutschen Werkbundes“ will die Arbeiter für die großen Ziele begeistern, die sich diese Organisation gestellt hat. Verhaftetes Interesse wird auch der Abdruck eines Vortrages „Das Meisterproblem“ erwecken. In der Rubrik „Gesetz und Recht“ finden sich äußerst wichtige Beiträge, die für jeden Betriebsrat unentbehrlich sind. Die „Betriebsrätezeitung“ kann jedermann bei der Post abonnieren (3 M. vierteljährlich) oder gegen ganz geringes Entgelt durch die Organisation und Ortsausschüsse beziehen.

### Berichtungs-Anzeige.

Rein Mitglied soll fehlen.  
Göttingen. Sonntag, 5. März, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus, Wafschmühlweg 12/16, Gauleitung vom 4. Gau. (Tagesordnung usw. in Nr. 6.)  
Reichsbund, D. Sonntag, 5. März, nachmittags 3 Uhr.

**Anzeigen**

**Berlin**

Sonntag, 26. Februar, vorm. 9.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Großer Saal)

**Generalversammlung.**

Tagesordnung: 1. Die zehn Forderungen der Gewerkschaften. 2. Quartalsabrechnung und Jahresbericht. 3. Neuwahl des Ortsangeordneten. 4. Verschiedenes.  
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

**Siegler's Schriftzeichnerei, Gießen (Hessen)**  
Licherstraße 37 Lehr-Institut! Schriftenmuster 20 M.  
Jeder kann Schrift zeichnen nach meiner Methode!

**ARBEITSHOSEN**

Prima Tuchleder, lieferbar in schwarz, weiß und silbergrau, sowie Pilot und Ia Manchestershosen offeriert zu billigsten Preisen.  
W. Hübner, Niederoderwitz i. Sa.

**Ein Steinrichter im Basaltwerk, mit allen vorkommend. Brucharbeiten vertraut, ebenso mit Kurzschrift, Schreibmaschine und Buchführung, sucht Stellung als Vorarbeiter oder Bruchmeister in nicht allzugroßem Betrieb. — Gefällige Angebote befördert unter „C. B. 5 Vorwärts“ die Schriftleitung des Steinarbeiters**

**10—15 tüchtige Steinmetzen zu sofort. Antritt gesucht**  
Granitwerke Künzel & Schedler, G.m.b.H., Schwarzenbach a. Saale.

**Schriftthauer und Steinmetzen**  
auf Muschelkalk und Sandstein werden in dauernde Arbeit gesucht.  
Ettlinger Steinindustrie G. m. b. H., Ettling.

**1 Steinmetz,** bewandert im Grabsteinfach, Schriften sowie Verzierung arbeiten kann, stellt als ersten Gehilfen für dauernd ein.  
OSKAR HIRSCH, Bildhauerei, HIRSCHFELDE b. Zittau.

**Zwei tüchtige Steinmetzen**

auf Muschelkalkstein eingearbeitet. Hoher Lohn, dauernde Beschäftigung. Zureile wird nach 8 Tagen Arbeit vergütet.  
Robert Werner, Hungen (Oberhessen).

Wir suchen zum sofortigen Eintritt

**mehrere tücht. Steinmetzen**

für alle vorkommenden Steinmetzarbeiten, Schriftthauer bevorzugt, auch solche, die etwas Kenntnisse in der Marmor- und Schleiferei besitzen. — Dauernde Stellung. — Wenn möglich Junggesellen, da Wohnungsmangel.

**Gebr. Kraß, Emmerich a. Rhein**  
Stein- und Bildhauerei — Grabmalgeschäfte  
Mechanische Marmor- und Granitschleiferei.

**Einige tücht. Steinmetzen für dauernde Beschäftig. ges.**  
Granit- und Spentwerke Bensheim Karl Kreuzer G. m. b. H.

**Steinmetzen gesucht**

auf Grabsteinarbeit. Dauernde Stellen. Wohnung vorhanden.  
Granitwerk Wersau b. Reinheim i. Hessen.

Geübte Steinmetzen für Sandsteinarbeit sucht

**E. DÜRR, HOYERSWERDA.**

**Steinmetzen für Marmor-Platten-Arbeiten gesucht.**  
Unterkunft vorhanden.  
Louis Rosenthal, Steinmetzmeister, Beuthen (Oberschlesien).

**Aelterer strebsam. Steinmetz**

der in allen Grabsteinarbeiten erfahren ist, findet sofort dauernde Stellung. Kost und Logis im Hause.  
Lohnansprüche sind zu richten an  
Frau Witwe M. Schüler, Arendsee (AltM.)

**Junger Steinmetz,**

Granitschriftthauer, bei guter Verpflegung sofort dauernd gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen an  
Fritz Wiedemuth, Pritzwalk, Bezirk Potsdam.

**Steinmetz Emil Guter wo bist Du?**

Es sucht Dich dein Freund  
Eduard Zeitler, Dessau (Anhalt), Törteneustr. 2 II.

**Gestorben.**

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis einzuland werden.)

In **Gruiten** am 5. Januar der Hilfsarbeiter **Fritz Treiben**, 28 Jahre alt, Herzschwäche; am 7. Januar der Brecher **Gustina Della**, 56 Jahre alt, Grippe; am 8. Febr. der Brecher **August Gronkay**, 48 Jahre alt, Lungenerkrankung.

In **Kostock** am 18. Januar der Sandsteinmetz **Helmuth Keschläger**, 68 Jahre alt, Blasenleiden.

In **Wünschelburg** am 23. Januar der Sandsteinmetz **Anton Ferlas**, 41 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Ströbel** am 24. Januar der Granitsteinmetz **Ferdinand Fritze**, 46 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Ueberlingen** am 31. Januar der Sandsteinmetz **Lambert Schäfer**, 55 Jahre alt, Lungenerkrankung.

In **Gohmannsdorf** am 3. Februar der Hilfsarbeiter **Leonhard Fink**, 49 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Striegau** am 8. Februar der Plastersteinmacher **August Köhler**, 62 Jahre alt, Herzkrankheit.

In **Leipzig** am 9. Februar der Sandsteinmetz **Robert Storr**, 56 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Löwenberg** am 10. Februar der Sandsteinmetz **Arthur Seifert**, 41 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Bobenhausen** am 13. Februar der Plastersteinmacher **Luigi Viehl**, 46 Jahre alt, Nierenkrankheit.

In **Rödis** am 14. Februar der Bruchmeister **Johann Harr**, 50 Jahre alt, Verunfall.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.  
Betruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.